

SPD AXEL ECHEVERRIA



LIEBE GENOSSINNEN UND GENOSSEN,
LIEBE LESERINNEN UND LESER,

Nach den CORRECTIV-Enthüllungen über die perfiden und ekelerregenden Vertreibungspläne, die bei einem Treffen rechtsextremer Demokratiefeinde geschmiedet wurden, habe ich im Januar einen eher kurzen Newsletter veröffentlicht, der die Bedrohung unserer Demokratie zum Thema hatte. Der vorliegende Newsletter ist wieder etwas umfangreicher und thematisch breiter aufgestellt. Wie immer möchte ich - wenn auch ohne Anspruch auf Vollständigkeit - einen Überblick über meine Arbeit in Berlin und im Wahlkreis geben. Natürlich darf auch ein Ausblick auf kommende Termine und Veranstaltungen nicht fehlen. So lade ich beispielsweise am 06. Mai zu einen Talk mit dem EU-Abgeordneten Dietmar Köster zum Thema „Die EU als Friedensmacht“.

Mittlerweile ist es kein Geheimnis mehr: Ich habe mich entschlossen, bei der kommenden Bundestagswahl im nächsten Jahr erneut für die SPD als Kandidat für den Wahlkreis 139 anzutreten. Hierfür werbe ich um Euer Vertrauen und Eure Unterstützung. Dabei nutze ich hier die Gelegenheit, die zurück liegenden drei Jahre meines Mandates noch einmal Revue passieren zu lassen.

Gerne möchte ich auch auf die geänderten Öffnungszeiten meines Wittener Wahlkreisbüros aufmerksam machen. Insgesamt konnten mein Team und ich die Öffnungszeiten ausweiten. Wie immer stehen wir für Fragen, Lob und Kritik bereit.

Ich wünsche euch viel Spaß beim Lesen dieses Newsletters.
Glück Auf!

*Euer
Axel*

BÜRGER:INNEN AUS MEINEM WAHLKREIS ERKUNDEN BERLIN



Mitte Februar haben rund 50 Bürger:innen aus meinem Wahlkreis auf meine Einladung hin Berlin besucht, um an einer politischen Bildungsfahrt, die durch das Bundespresseamt organisiert wurde, teilzunehmen.

Neben einem vielfältigen Programm, das unter anderem einen Besuch beim Bundesministerium der Verteidigung und im Alliiertenmuseum beinhaltete, habe ich die Gruppe im Bundestag zu einem Gespräch empfangen können. Ich möchte mich für den spannenden Austausch bedanken.



SPD AXEL ECHEVERRIA

DESHALB MÖCHTE ICH 2025 ERNEUT FÜR DEN DEUTSCHEN BUNDESTAG KANDIDIEREN

Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Leserinnen und Leser,

die letzten Jahre haben uns allen vor Augen geführt, dass viele Dinge, die wir für selbstverständlich hielten, nicht selbstverständlich sind.



Als ich im Oktober 2021 das Mandat in Berlin antreten konnte, befanden wir uns noch mitten in der Corona-Krise. Die Diskussion um Einschränkung der persönlichen Freiheiten und die Einführung einer Impfpflicht beherrschten die politischen Debatten unseres Landes und die zum Teil immer noch extrem eingeschränkten Lieferketten zeigen uns unsere Abhängigkeit vom freien globalen Handel.

Als wir alle das Gefühl hatten, dass die Coronazeit ihrem Ende entgegen ging, marschierte Wladimir Putin völkerrechtswidrig in die Ukraine ein. Dieser brutale Angriffskrieg brachte grenzenloses Leid, Vernichtung und Zerstörung an die europäischen Außengrenzen. Dieser Krieg führte nicht nur dazu, dass wir unsere Außen- und Verteidigungspolitik der letzten Jahrzehnte hinterfragen mussten, er führte zu einer Verknappung und deutlichen Verteuerung von Energie und einer hohen Inflation. Der Krieg und seine Auswirkungen beschäftigen uns immer noch.

Zusätzlich führte eine Kehrtwende bei der Zinspolitik dazu, dass die Zeit des günstigen Geldes und Kredite vorbei waren. Dies stellt nicht nur Privathaushalte und die Wirtschaft vor Herausforderungen, sondern belastet auch die kommunalen Haushalte stark.

Zu all diesen zum Teil parallelen Krisen kommt noch die Klimakrise, gegen die in Zeiten der Großen Koalition viel zu wenig getan wurde. Auch hier war und ist die Bundesregierung gezwungen, endlich die entscheidenden Schritte zu gehen, um die Erderwärmung auf ein akzeptables Niveau zu begrenzen.

Ich glaube, dass es legitim ist zu sagen, dass die aktuelle Bundesregierung vor mehr Herausforderungen stand als die allermeisten jemals zuvor.

Trotz aller Kritik, die man haben mag, müssen wir festhalten, dass sich die Bilanz der Bundesregierung - insbesondere die des sozialdemokratischen Teils - sehen lassen kann.

Die SPD hat ihr Wahlversprechen eingelöst, den Mindestlohn auf 12 Euro zu erhöhen. Durch eine Erhöhung des Wohngeldes und eine deutliche Vergrößerung der Anzahl der Anspruchsberechtigten, hat sie dafür gesorgt, dass endlich deutlich mehr Menschen von ihrem Lohn leben können. Dass das deutliche Plus von 1,55 € in der Stunde schnell von der rasant steigenden Inflation wieder aufgefressen wurde, war nicht abzusehen.



Die Arbeit der Mindestlohnkommission gilt es an dieser Stelle klar zu kritisieren, denn dort wurde eine faire Anpassung als Antwort auf die gestiegene Inflation verhindert. Somit ist klar, dass der politische Eingriff an dieser Stelle richtig war.

Die SPD hat, wie im Wahlkampf versprochen, Hartz IV zum Bürgergeld weiterentwickelt. Der zentrale Aspekt dieses sozialpolitischen Kurswechsels



ist, dass der Vermittlungsvorrang abgeschafft wurde. Das bedeutet, dass die Jobcenter nun dazu verpflichtet sind, den Fokus auf eine nachhaltige Qualifizierung zu lenken, anstatt Menschen einfach nur in Jobs zu vermitteln, die nicht ihren Fähigkeiten entsprechen. In aller Regel führte diese Praxis zu einem Drehtüreffekt, da die Menschen oft nur kurz in ihren Anstellungen blieben. Zudem waren diese Arbeitsplätze meist schlecht bezahlt, wodurch die Menschen selbst in Vollzeit weiterhin gezwungen waren, als sogenannte Aufstocker staatliche Transferleistungen zu beantragen.

Ehrlicherweise muss auch festgehalten werden, dass wir es nicht geschafft haben, die Problematik auf dem Wohnungsmarkt auch nur ansatzweise zu lösen. Hier liegt ein Grund im Krieg in der Ukraine und dem daraus resultierenden Anstieg der Rohstoffkosten. Hier muss definitiv weiter nach Lösungen gesucht werden. Ein anderer Grund ist aber sicherlich, dass es nicht gelungen ist, sozialdemokratische Lösungsvorschläge für die verfehlte Bodenpolitik der vergangenen Jahrzehnte in den Koalitionsvertrag einzubringen.

Auf der nächsten Seite geht's weiter!





SPD AXEL ECHEVERRIA

Fortsetzung: DESHALB MÖCHTE ICH 2025 ERNEUT FÜR DEN DEUTSCHEN BUNDESTAG KANDIDIEREN

Gerade in gesellschaftspolitischen Fragen kann sich die Arbeit der Ampel sehen lassen. Lasst mich an dieser Stelle die Streichung des Paragraphen 219a anführen, die Ärztinnen und Ärzten endlich die Möglichkeit gibt, über Schwangerschaftsabbrüche zu informieren. Das war ein wichtiger Schritt zu körperlicher Selbstbestimmung. Ich finde, dass der Paragraph 218 ersatzlos gestrichen werden sollte. Das war mit der Union leider in der Vergangenheit nicht machbar.

Ähnlich verhält es sich mit dem von der Ampel durchgesetzten Staatsangehörigkeitsrecht. Endlich können Menschen, die seit Jahrzehnten in Deutschland leben und arbeiten, deutlich einfacher die deutsche Staatsangehörigkeit annehmen. Diese Menschen gestalten unsere Gesellschaft teilweise seit Jahrzehnten mit und können nun endlich durch ihr Wahlrecht auch mitentscheiden.



Die Auswirkungen des Krieges, die gestiegenen Zinsen und das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Schuldenbremse haben Löcher im Bundeshaushalt verursacht. Die deutlich eingeschränkten finanziellen Spielräume haben dazu geführt, dass die Unterschiede in der Koalition deutlicher geworden sind.



So weigert sich Finanzminister Christian Lindner (FDP), die dringend benötigten Veränderungen der Schuldenbremse anzustoßen. Es ist klar, dass mit Steuergeldern sorgsam umgegangen werden muss, nur mindestens genauso dringend muss Politik die Weichen stellen, dass unsere Wirtschaft weiterhin in Deutschland produzieren kann und so unser Wohlstand bewahrt werden kann. Die Wirtschaft braucht jetzt finanzielle Unterstützung bei der Transformation. Deutschland braucht also dringend eine Veränderung der Schuldenbremse, um Zukunftsinvestitionen in Infrastruktur, Daseinsvorsorge und Bildung zu finanzieren. Gleichzeitig brauchen wir eine grundsätzliche Reform unseres Steuersystems. Momentan zahlt man prozentual weniger Steuern, wenn man mehr erbt. Das ist ebenso ungerecht, wie dass Einkommen aus Kapitalerträgen weniger stark besteuert werden als Arbeitseinkommen. Es gehört zu den zentralen Herausforderungen unserer Zeit, diese Ungleichbehandlungen abzuschaffen, die das Leistungsversprechen ad absurdum führen. Dies alles ist mit der FDP nicht zu machen.

Durch die verschlechterte finanzpolitische Lage im Bund entsteht auch ein höherer Druck auf die kommunalen Haushalte. Ein Lösungsvorschlag für

die Altschulden, die in Zeiten steigender Zinsen noch interessanter ist, liegt seit Jahren auf dem Tisch: Bund und betroffene Länder teilen sich die Altschulden hälftig. Es liegt an der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen, dass dieser Vorschlag noch nicht angenommen wurde. Gerade die Rolle von Bündnis 90/Die Grünen als Teil der Schwarz/Grünen Landesregierung gilt es hier klar zu hinterfragen.

Ich persönlich habe mich in den letzten fast drei Jahren als Sprecher der SPD-Fraktion im Petitionsausschuss kritisch mit der Politik der Regierung, aber auch mit Vorschlägen aus der Bevölkerung auseinandergesetzt. Niemals zuvor gab es so viele Vorschläge aus dem Petitionsausschuss, die auch aufgegriffen wurden. So gehen beispielsweise die Anerkennung des Völkermords an den Jesidinnen und Jesiden und des Holodomor in der Ukraine 1932/33 als Völkermord auf Petitionen zurück. Ebenso verhält es sich mit der Rücknahme von Teilen der Verschlechterungen beim Elterngeld wie auch geplanten Streichungen beim Bundesfreiwilligendienst.



Zudem arbeite ich mit der Fraktionspitze an einem Vorschlag, das Petitionsrecht zu modernisieren, um diesem verfassungsmäßigen Grundrecht noch mehr Einfluss zu geben und mehr direktdemokratische Elemente in unser politisches System einzubauen.

Im Umweltausschuss habe ich dafür gesorgt, dass in Sachen Klimafolge-

Auf der nächsten Seite geht's weiter!





SPD AXEL ECHEVERRIA

Fortsetzung: DESHALB MÖCHTE ICH 2025 ERNEUT FÜR DEN DEUTSCHEN BUNDESTAG KANDIDIEREN

anpassung auch die Veränderungen in der Arbeitswelt berücksichtigt werden müssen. Ebenso hat der Bundestag auf mein Drängen hin in einem Entschließungsantrag beschlossen, dass die Klimaanpassung als gemeinsame Aufgabe von Bund, Länder und Kommunen mit einer gemeinsamen Finanzierung in das Grundgesetz aufgenommen werden soll.

Hier darf es nicht dazu kommen, dass die Kosten für die notwendige Klimaanpassung allein von den Kommunen bezahlt werden müssen.



Als Mitglied des Vorstands der Landesgruppe NRW gehöre ich zu denjenigen, die in jeder Sitzungswoche auf die verheerende finanzielle Situation der Kommunen im Ruhrgebiet aufmerksam machen, damit schnellstmöglich eine Lösung gefunden wird. Eine Regelung für die Altschulden darf dabei nur ein erster Schritt sein, denn dies würde maximal einen Teil der Symptome behandeln, aber nicht das Problem lösen.

In den letzten gut zweieinhalb Jahren habe ich mir den Ruf in der Fraktion und in der Landesgruppe erarbeitet, dass ich unangenehme Wahrheiten ausspreche. Das hat selbst unser Kanzler schon in Fraktionssitzungen erfahren müssen. Ich denke, es ist wichtig, dass wir die Probleme unserer Politik mindestens intern klar benennen. Auch in schwierigen Zeiten dürfen wir nicht von unserem sozialdemokratischen Auftrag abweichen, das Leben der Menschen zu verbessern.

Gerade in Zeiten der aktuellen Multi-Krisen wird die Bundestagswahl 2025 zu einer Abstimmung über die Zukunft unseres Landes werden.

Ohne eine Beteiligung der SPD an der Regierung, droht uns eine neoliberale Politik, die lieber bei Sozialleistungen sparen wird, anstatt die Reichsten fair bei der Finanzierung unseres Landes in die Pflicht zu nehmen.



Ohne eine Beteiligung der SPD droht uns eine Regierung, die den verheerenden Rechtsruck unserer Gesellschaft eher verstärken wird, anstatt ihm entschlossen entgegenzutreten.

Ohne eine Beteiligung der SPD droht uns eine Regierung, die bei den dringend nötigen Veränderungen in unserer Gesellschaft nicht das Soziale im Auge haben wird und so die Vermögensungleichheit in Deutschland weiter verstärken wird.

Für mich ist klar: Es ist noch viel zu tun und wir dürfen uns nicht mit dem Status quo zufrieden geben. Ich möchte weiter anpacken und in Berlin für eine starke sozialdemokratische Politik kämpfen! Deshalb möchte ich 2025 erneut für die SPD kandidieren. Ich würde mich sehr freuen, wenn ihr mich dabei unterstützt und wir gemeinsam für Bund und Kommune auf der Straße für die sozialdemokratische Sache werben!

FRAUENEMPfang DER SPD FRAUEN ENNEPE-RUHR

Im Rahmen des feministischen März fand am Samstag, den 03. März, der Frauenempfang der SPD Frauen des Ennepe-Ruhr-Kreises im Wittener Ardey-Hotel statt.

Dieses Jahr ging es unter dem Motto „Frauen. Macht. Politik - Ein starkes Europa von und für Frauen?!“ um eine feministische Perspektive auf die europäische Politik.

Gemeinsam mit der Europa-Abgeordneten Birgit Sippel wurde über verschiedene Themen wie das Lieferkettengesetz, Schutz von Frauen vor Gewalt, den Rechtsruck in der EU und vieles mehr diskutiert. Anschließend sorgte die Kabarettistin Helene Mierscheid für Unterhaltung.





SPD AXEL ECHEVERRIA

ARBEITSPLÄTZE BEI ZF MÜSSEN GESICHERT WERDEN

Vielen ist ZF als einer der führenden Automobil-Zulieferer mit weltweit rund 160.000 Mitarbeitenden bekannt. Am Wittener Standort werden seit mehr als 125 Jahren Industrieanwendungen passgenau hergestellt. Rund 600 Mitarbeitende produzieren in den Hallen an der Mannesmannstraße ein breites Spektrum an Antriebslösungen für Anwendungen u.a. in den Bereichen Mining und große Baumaschinen, Recycling und Umwelttechnik sowie Getriebe für Windräder. Anfang März wurde bekannt, dass für die gesamte Belegschaft Kurzarbeit beantragt wurde.

Diese Nachricht habe ich mit großer Sorge aufgenommen. Daher habe ich mich umgehend um einen Austausch mit Vertreter:innen des Betriebsrats bemüht und durfte diese in meinem Wahlkreisbüro empfangen. Auch sie nehmen die aktuelle Situation sehr ernst. Denn der vorübergehenden Verringerung der regelmäßigen Arbeitszeit liegt eine schlechte Auftragslage zugrunde.



Sollte sich diese nicht verbessern, oder gar verschärfen, so droht der Wegfall von Arbeitsplätzen.

Als direkt gewählter Abgeordneter setze ich mich für jeden Arbeitsplatz ein. Gerade an relativ gut bezahlten Industriearbeitsplätzen, hängen oft zahlreiche weitere vor Ort dran. Ich bedanke mich beim Betriebsrat von ZF für das kurzfristige Treffen. Natürlich bleiben wir in einem engen Austausch, um für die aktuelle Situation Lösungen zu finden.

Als eine Maßnahme habe ich mich mit meinen Kolleg:innen der Bundes-

tagsfraktion über die Situation ausgetauscht. Wir alle haben Standorte von ZF in unseren Wahlkreisen und sind mit der jeweiligen Situation vertraut. Gemeinsam haben wir eine Strategie erarbeitet, wie wir uns für die langfristige Sicherung der Arbeitsplätze einsetzen können. Klar ist: tarifgebundene Industriearbeitsplätze sind der Kern unseres Wohlstandes. Ich stehe in engem Austausch mit dem Betriebsrat in Witten und werde mich in Berlin gemeinsam mit meinen Kolleg:innen für unseren Industriestandort und die Beschäftigten einsetzen.

RASSISMUS UND FASCHISMUS DÜRFEN KEINEN PLATZ IN UNSERER GESELLSCHAFT HABEN!

Jedes Jahr am 21. März findet der Internationale Tag gegen Rassismus statt. Nicht zuletzt die CORRECTIV-Enthüllungen zeigen, dass dieser Tag noch notwendig ist: Rassismus greift die Würde des Menschen an und ist ein abscheuliches Gift für unsere Demokratie. Rassismus beginnt nicht erst da, wo Menschen in vermeintliche Rassen unterteilt werden. Eine solche Unterteilung ist eh nicht haltbar und geschieht meist aus macht-politischen Gründen. Rassismus ist eine weitaus vielfältigere Form der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit. Was abstrakt

klingt, ist jedoch eine reale, oft konkrete Gefahr. Und rassistische Taten sind keine Einzelfälle.

Rassismus ist immer noch weitverbreitet und prägt den Alltag vieler Menschen. Es beginnt mit alltagsrassistischen Bemerkungen und beleidigenden Witzen. Er beeinflusst die Chancen auf Jobs oder Wohnungen. Und er gipfelt leider noch immer in gewalttätigen Übergriffen und abscheulichen Morden!

Rassismus und Faschismus dürfen keinen Platz in unserer Gesellschaft haben!





SPD AXEL ECHEVERRIA

BEISITZER IM KREIS- UND UNTERBEZIRKS-VORSTAND DER ARBEITERWOHLFAHRT

Am 24. Februar fand im Wittener Saalbau eine Doppelkonferenz der Arbeiterwohlfahrt (AWO) statt. Hier tagte sowohl die Kreis- als auch die Unterbezirksebene dieses Wohlfahrtsverbands, dem ich seit 2020 als Mitglied angehöre.



Vielen ist die AWO im Ennepe-Ruhr-Kreis als breit aufgestellter Teil der freien Wohlfahrtspflege bekannt. So reicht ihr Angebot von Kindergärten, Nachmittagsbetreuung über Werkstätten und Einrichtungen für Menschen mit Behinderung bis hin zu Leistungen der Pflege und Altenheimen – um nur einige Beispiele zu nennen. Neben der direkten Arbeit für und am Menschen tritt die AWO für eine sozial gerechte Gesellschaft ein und nimmt gezielt politisch Einfluss. Nicht nur als AWO-Mitglied, sondern auch durch zahlreiche Praktika und Besuche, die ich als Bundestagsabgeordneter absolvieren durfte, konnte ich einen Einblick in die wichtige Arbeit der AWO gewinnen.

Bei den Wahlen zum Kreis- und Unterbezirksvorstand der AWO wurde ich in beide Gremien zum Beisitzer gewählt. Ich freue mich auf die spannenden Aufgaben, die diese Ämter mit sich bringen. Gerade weil die AWO sehr nah an den Menschen ist, erhoffe ich mir so auch ehrenamtlich einen noch weiterreichenden Einblick in die Themen zu gewinnen, die die Menschen im EN-Kreis bewegen. Für das mir entgegengebrachte Vertrauen bedanke ich mich herzlich!

OSTERAKTION IN SPROCKHÖVEL



Kurz vor Ostern habe ich in meinem Wahlkreis rote Ostereier und Schoko-Osterhasen verteilt. So war ich etwa am 30. März sowohl in Niedersprockhövel, als auch in Haßlinghausen mit vielen engagierten Genoss:innen unterwegs, um den kleinen Ostergruß der SPD zu verteilen.



DIE SPD IST DER GARANT FÜR STABILE RENTEN



**Wir halten
unser Renten-
Versprechen!**

Bundeskanzler Olaf Scholz und die SPD-geführte Ampel-Regierung sorgen dafür, dass das Rentenniveau stabilisiert wird, die Renten so auch weiterhin mit den Löhnen steigen und das gesetzliche Renteneintrittsalter nicht angehoben wird. Damit löst die SPD ein, was sie versprochen hat.

Das umlagefinanzierte Rentensystem steht dank der positiven Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt und einer Rekordzahl an Beschäftigten aktuell gut da. Mit dem Rentenpaket II sorgen wir dafür, dass sich auch in Zukunft niemand Sorgen um die eigene Rente machen muss und das Rentenniveau nicht sinkt. Zudem wird so gewährleistet, dass die Renten auch weiterhin mit den Löhnen steigen und Erwerbstätige so im Alter ein sicheres Auskommen haben.

Ebenfalls erteilen wir jenen Plänen für die Anhebung des Renteneintrittsalters auch weiterhin eine Absage. Für viele Menschen würde das eine Rentenkürzung bedeuten. Stattdessen müssen wir die Menschen dabei unterstützen, dass sie auch gesund und fit bis zum Rentenalter arbeiten können. Die SPD ist der Garant dafür, dass das gesetzliche Renteneintrittsalter nicht über 67 Jahre hinaus steigt.



SPD AXEL ECHEVERRIA

AUSTAUSCH MIT LANDWIRTEN - BESUCH DES KNEIBEL-HOFS

Ende Februar habe ich den Kneibel-Hof von Peter Oberdellmann in Hattingen-Holthausen besucht. Insgesamt bewirtschaftet Herr Oberdellmann rund 15 Hektar Ackerland und etwa 40 Hektar Dauergrünland. Neben 50 Fleischrindern machen rund 1.300 Hühner, die in drei Mobilställen gehalten werden, den Kern des Betriebes aus.



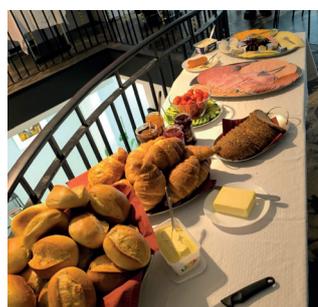
Natürlich ging es bei diesem Besuch nicht nur darum, einen landwirtschaftlichen Betrieb und die Arbeitsabläufe vor Ort mitzuerleben. Für mich ist es auch wichtig, die Anliegen und Probleme dieser Branche kennenzulernen und zu verstehen. Neben Herrn Oberdellmann war u.a. auch der Vorsitzende des Westfälisch-Lippischen Landwirtschaftsverbands Ennepe-Ruhr/Hagen, Dirk Kalthaus, bei diesem Austausch dabei, den ich bereits im Januar in meinem Wittener Büro getroffen habe. Beide haben mir noch mal nachvollziehbar aufgezeigt, welche Bürokratie unseren Landwirt:innen ihre Arbeit unnötig schwer macht. Hier sehe ich dringenden Handlungsbedarf. Einige der angesprochenen Themen haben wir in Berlin bereits auf dem Schirm, die übrigen nehme ich gerne dort hin mit. Vielen Dank für die Einladung und das informative Gespräch!

FRÜHSTÜCK MIT GENOSS:INNEN

Als Abgeordneter des Deutschen Bundestages ist für mich der Austausch mit den Menschen in meinem Wahlkreis essentiell. Natürlich gilt dies auch für die engagierten SPD-Mitglieder vor Ort. Um mit ihnen über aktuelle Themen in Ruhe diskutieren zu können, habe ich zu einem gemeinsamen Frühstück in lockerer Runde in mein Wittener Wahlkreisbüro eingeladen.



Rund 30 Genoss:innen sind meiner Einladung gefolgt. Gemeinsam haben wir nicht nur die aktuelle Tagespolitik besprochen, sondern auch die Fragen erörtert, wie wir uns als Partei mit Blick auf die anstehenden Wahlen aufstellen und wie wir bei uns vor Ort das Zutrauen in die Politik stärken können. Ich bedanke mich für den regen Austausch.



TREFFEN MIT MARTIN SCHULZ

Nachdem ich Anfang Januar gemeinsam mit meinen Kolleg:innen Heike Engelhardt und Frank Schwabe an der umkämpften Amtseinführung des neuen guatemalteken Präsidenten Bernardo Arévalo teilnehmen durfte, haben wir uns mit dem Vorsitzenden der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES), Martin Schulz getroffen, um über unsere Eindrücke und zukünftige Projekte in der Region zu sprechen. Die FES setzt sich als parteinahe Stiftung weltweit in über 100 Ländern für mehr politische und gesellschaftliche Bildung ein und versucht so die internationale Verständigung und Zusammenarbeit zu vertiefen. Auch in Guatemala leistet die FES seit mehreren Jahrzehnten wichtige Arbeit. In unserem gemeinsamen Austausch wurde eines sehr schnell deutlich: Wir teilen die Ansicht, dass der lange überfällige Machtwechsel in Guatemala ein wichtiges Signal für die Stärkung von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie in der ganzen Region ist.

Ich bedanke mich herzlich bei Martin Schulz und der FES für den guten Austausch und die produktive Zusammenarbeit, welche wir weiter vertiefen werden.





SPD AXEL ECHEVERRIA

„DAS LEBEN LEICHTER MACHEN“ - THEMENWOCHE DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION

Unter dem Motto „Das Leben leichter machen“ veranstaltete die SPD-Bundestagsfraktion im April eine Themenwoche mit Sprechstunden im ganzen Land. Am 20. April habe ich eine solche offene, mobile Sprechstunde auf dem Markt in Wetter an der Ruhr angeboten. Apropos Wetter: Leider blieb der angekündigte Sonnenschein am besagtem Tag aus. Das hat mich aber natürlich nicht davon abgehalten, mit den Bürgerinnen und Bürgern ins Gespräch zu kommen.



Gerade in unseren bewegten Zeiten fürchten viele um den Zusammenhalt und die soziale Sicherheit in unserem Land. Der Schwerpunkt meiner Sprechstunde lag daher bei diesem Thema. Eine Antwort, die ich oft bekommen habe, war, dass wir die Renten im Auge behalten und diese nachhaltig absichern müssen. Mit dem kürzlich beschlossenen Rentenpaket II haben wir hier die richtigen Schritte auf den Weg gebracht.



Ich bedanke mich bei allen interessierten Bürgerinnen und Bürgern, die trotz des feuchten Wetters den Weg zu meiner Sprechstunde gefunden haben, für die spannenden und interessanten Gespräche. Ich hoffe, ein solches Format bald wiederholen zu können.



GRILS' DAY IM BUNDESTAG

Anlässlich des Girls' Day hat die SPD-Bundestagsfraktion erneut zahlreiche politisch interessierte Mädchen und junge Frauen aus ganz Deutschland in den Bundestag nach Berlin eingeladen. Innerhalb der zwei Programmtage sollen sie das politische Berlin, den Alltag der Politiker:innen und verschiedene Prozesse aus nächster Nähe kennenlernen. Aus meinem Wahlkreis nahm die 15-jährige Marie teil



Der Girls' Day, der inzwischen in vielen Regionen zu einem „Girls' Day und Boys' Day“ weiterentwickelt wurde, hatte sich ursprünglich zum Ziel gesetzt, Mädchen und jungen Frauen ab der Klasse fünf die Möglichkeit zu geben, Einblick in Berufs- und Karrierewege zu erhalten, die traditionell von Männern geprägt sind. Mithilfe dieser Einblicke soll die berufliche Orientierung erweitert und gestärkt werden.

Besonders in der Politik brauchen wir mehr junge Frauen, die sich engagieren und mitwirken wollen. Das gilt es zu fördern.“ Neben den klassischen Unterrepräsentationen in den Bereichen der Industrie, Handwerk oder der Landwirtschaft sind Frauen auch in der Politik bis heute in der Minderheit. So stellen sie nur knapp 35% aller Abgeordneten im Bundestag. Auch in den Landes-, Kreis- und Kommunalparlamenten sieht die Verteilung ähnlich aus.

Die 15-jährige Marie konnte auf meine Einladung hin zwei Tage den politischen Betrieb des Bundestages kennenlernen: „Es war spannend, Politik hautnah zu erleben“, so die Schülerin aus Sprockhövel.



SPD AXEL ECHEVERRIA

AXEL LIVE: DIE EU ALS FRIEDENSMACHT – EUROPA-TALK MIT DIETMAR KÖSTER

**„Nicht der Krieg, der Frieden ist der Vater aller Dinge.“,
Willy Brandt (1913-92), Bundeskanzler und Friedensnobelpreisträger**

Der Beginn des völkerrechtswidrigen Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine am 24.2.2022 reiht sich ein in die Tage, die die Welt veränderten. Nach mehr als zwei Jahren zeigt sich in den Opferzahlen der schreckliche Charakter von Krieg: Die Ukraine hat 11.000 tote Zivilist:innen und bis zu 70.000 tote Soldat:innen zu beklagen; auf russischer Seite starben bereits 120.000 Soldat:innen. Hinzu kommen tausende physisch und psychisch Verletzte. Trotz dieser verheerenden Bilanz ist ein Ende der Kämpfe nicht in Sicht. In der medialen Öffentlichkeit dominiert eine militaristische Sichtweise, wonach nur ein Sieg gegen Russland auf dem Schlachtfeld eine annehmbare Lösung des Konfliktes darstellt. Diplomatische Wege für den Frieden, wie eine Mehrheit der Bürger:innen sie unterstützen, fallen oft unter das öffentliche Radar.

Klar ist: Den Menschen in der Ukraine gehört unsere Solidarität. Sie müssen finanziell, humanitär, ökonomisch und militärisch unterstützt werden, damit sie sich verteidigen können. Dies darf allerdings nicht dazu führen, dass sich der Konflikt zu einem großen Krieg in ganz Europa ausweitet und Diplomatie gänzlich verbannt wird. Daher sind stärkere diplomatische Initiativen dringend geboten, um auch diese Option für einen Waffenstillstand oder einen Frieden zu fördern. Dafür engagieren sich viele in der SPD. Der Friedenswille ist eine zentrale historische Wurzel der SPD.

Über dieses Thema und die Rolle der EU als Friedensmacht möchte ich mit dem EU-Abgeordneten Dietmar Köster reden und gemeinsam mit Ihnen diskutieren. Hierzu lade ich Sie am 06. Mai um 18:30 Uhr in mein Wittener Wahlkreisbüro (Bahnhofstraße 12, 58452 Witten) ein.



06.05.2024 | 18³⁰ Uhr:
**Die EU als Friedensmacht –
Europa-Talk mit Dietmar Köster**
Wahlkreisbüro Witten
Bahnhofstr. 12
58452 Witten

MEINE HAUSBESUCHE STARTEN WIEDER

Nach der Winterpause starte ich wieder mit meinen Hausbesuchen. Gemeinsam mit Genoss:innen gehe ich von Tür zu Tür, um mit Bürger:innen ins Gespräch zu kommen.

Wer gerne mit mir Hausbesuche in seinem Quartier durchführen möchte, meldet sich einfach via E-Mail: axel.echeverria.ma03@bundestag.de oder telefonisch: 0173/6596246



DIALOGTOUR DER SPD-BUNDESTAGS- FRAKTION ZU GAST IN HATTINGEN



Foto: spdfraktion.de

2019 startete die Dialogtour der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag erstmalig. Seitdem bietet sie im Rahmen der Tour vor Ort ein bürgernahes Gesprächsangebot mit den lokalen Bundestagsabgeordneten, um über ihre Arbeit und ihre Vorhaben zu informieren und mehr Transparenz zu schaffen.

Am 25. Mai macht der Dialogtour-Bus in Hattingen von 12-14 Uhr am Untermarkt Halt. Ich bin natürlich auch vor Ort und freue mich auf Ihren Besuch an unserem Infostand sowie auf konstruktive Gespräche und einen regen Austausch.



SPD AXEL ECHEVERRIA

„MEHR LOHN, MEHR FREIZEIT, MEHR SICHERHEIT“ - RAUS ZUM 1. MAI!



Raus zum 1. Mai! - Diesen Appell richte ich auch dieses Jahr am Tag der Arbeit an euch. Lasst uns gemeinsam mit den Gewerkschaften für gute Arbeit und Gerechtigkeit, für Solidarität und Vielfalt - gegen rechte Hetze und Rassismus auf die Straße gehen.

Wie in ganz Deutschland wird es auch im Ennepe-Ruhr-Kreis Kundgebungen des DGB und seinen Mitglieds-gewerkschaften unter dem Motto „Mehr Lohn, mehr Freizeit, mehr Sicherheit“ geben: Damit nennen die Gewerkschaften drei Kernversprechen und geben Antworten auf die zunehmende Verunsicherung in der Gesellschaft. Mehr Lohn, mehr Freizeit und mehr Sicherheit – das erreichen wir am besten mit starken Tarifverträgen.

Gemeinsam mit den Gewerkschaften stehen wir als Sozialdemokrat:innen

an deren Seite. Gemeinsam wollen wir am Tag der Arbeit ein sichtbares Zeichen für eine gerechte und friedliche Zukunft, für einen starken Sozialstaat und eine leistungsfähige öffentliche Daseinsvorsorge setzen. Seid dabei!

••>> DGB-Kundgebung in Witten

11 Uhr, Rathausplatz
Redner:innen: Mathias Hilbrand (IG Metall Ennepe-Ruhr-Wupper)
Live Musik: Keen Sense

••>> Maifest der SPD Wetter

12 - 16 Uhr, Seeplatz (Harkortsee)
Live-Musik, Grillwurst, Getränke und politische Gespräche.

••>> Maifest der SPD Herdecke

14:30 - 16:30 Uhr, Ruhrtalradweg (Nähe der Ruhrbrücke)
Kaffee, Kuchen und politische Gespräche

MEIN TEAM UND ICH SIND FÜR EUCH ERREICHBAR

Berlin

Meine Mitarbeiter:innen in Berlin (Joe de Haas, Paul Jäger und Carola Kozur) sind telefonisch unter 030/227 746 14 bzw. via E-Mail (axel.echeverria@bundestag.de) zu erreichen.



Witten

Das Wittener Büro (Bahnhofstr 12, 58452 Witten) ist in der Regel für Besucher:innen zu folgenden Zeiten geöffnet:

Montag: 10³⁰ – 17⁰⁰ Uhr | Dienstag: 10³⁰ – 17⁰⁰ Uhr | Mittwoch: 10³⁰ – 18⁰⁰ Uhr
Donnerstag: 10³⁰ – 17⁰⁰ Uhr | Freitag: 12³⁰ – 17⁰⁰ Uhr | Samstag: 10³⁰ – 14³⁰ Uhr

Wahlkreisbüro Witten: 02302 4010034
Sascha Roncevic: 0173 660 1134 - axel.echeverria.ma04@bundestag.de
Lara Quell: 0173 659 6246 - axel.echeverria.ma03@bundestag.de

Hattingen

Das Hattinger Büro (Bahnhofstr. 24, 45525 Hattingen) ist in der Regel für Besucher:innen zu folgenden Zeiten geöffnet:

Montag, Dienstag, Donnerstag & Freitag: 09⁰⁰ – 13⁰⁰ Uhr
(Eine vorherige Terminvereinbarung ist erwünscht.)

Melanie Witte-Lonsing: 02324 202824 - axel.echeverria.ma06@bundestag.de



Wetter und Herdecke

Neben meinen Büros in Witten und Hattingen könnt Ihr gerne auch einen Termin in den SPD-Büros in Wetter (Königstraße 69a, 58300 Wetter) und Herdecke (Hauptstr. 44, 58313 Herdecke) vereinbaren.

Zur Terminabsprache wendet Euch einfach an Lara Quell, Sascha Roncevic oder Melanie Witte-Lonsing.